

Rudolf Leiprecht

## **Soziale Emanzipationsbewegungen: Hauptwidersprüche, Nebenwidersprüche, Intersektionalität**

[Auszug aus:

Leiprecht, Rudolf (2010). Auf dem langen Weg zu einer diversitätsbewussten und subjektorientierten Sozialpädagogik. In: Ders. (Hg.) (2010). Diversitätsbewusste Sozialpädagogik. Wochenschau-Verlag (Veröffentlichung in Vorbereitung).]

Zu einem diversitätsbewussten Ansatz gehört – wie deutlich wurde – die Frage nach Intersektionalität. Das Nachdenken über und Fragen zu Verbindungen verschiedener sozialer Positionierungen hat eine lange Geschichte und eine noch längere Vorgeschichte, und in den USA und Großbritannien hat sich hierzu seit vielen Jahren eine explizite Debatte entwickelt, die vor allem von schwarzen Feministinnen vorangetrieben wurde, wobei es die Rechtswissenschaftlerin Kimberlé Crenshaw war, die den Begriff *Intersektionalität* in die Debatte eingeführt hat (vgl. Crenshaw 1994; Smith 1998).

Es waren soziale Emanzipationsbewegungen und sich darauf beziehende Prozesse in der Theoriebildung, an denen entlang sich diese Debatte entwickelte. Soziale Emanzipationsbewegungen haben meist die Tendenz, sich zu einem *bestimmten* Verhältnis von Ungerechtigkeit, Benachteiligung, Ausgrenzung und/oder Unterdrückung zu formieren und zugleich eine *bestimmte* Gruppe ansprechen zu wollen, die von diesem Verhältnis in besonderer Weise betroffen ist. Solche Prozesse gehen in aller Regel mit einer entsprechenden *Identitätspolitik* einher, die zur Mobilisierung von Betroffenen unverzichtbar erscheint, es allerdings erschwert, Unterschiede innerhalb der eigenen Bewegung zu thematisieren.

## **1. Die Studentenbewegung: Hauptwiderspruch Kapital und Lohnarbeit**

In Deutschland konnten solche Prozesse beispielsweise in marxistisch inspirierten Bewegungen beobachtet werden, die die Frage der Klassenverhältnisse in den Mittelpunkt stellten und insbesondere die Arbeiterschaft in den Fabriken ansprechen wollten, um ihre Befreiung von Ausbeutung und Unterdrückung zu erreichen, wobei diese Veränderung als eine gesamtgesellschaftliche Emanzipation gesehen wurde. Auch die antiautoritäre Studentenbewegung der 1960er Jahre verstand sich als eine Bewegung, die sich auf marxistische Theorien und den Widerspruch von Kapital und Lohnarbeit bezog. Der Arbeiterklasse – dem Industrieproletariat – wurde aufgrund seiner Stellung im Produktionsprozess des Kapitalismus eine führende Rolle zugesprochen. Und wenn auch nicht alle Wortführer der Studentenbewegung von den Studierenden (und dies waren zu Beginn in der Tat vor allem Männer aus der bürgerlichen Mittelschicht) einen ‚individuellen Klassenverrat‘ verlangten, so stand doch die unbequeme Frage nach der eigenen Klassenverortung im Raum, die sich die Bewegung mit dem Marxismusbezug eingehandelt hatte: Welche Rolle konnten gerade Studierende und akademisch Gebildete spielen, um dem Industrieproletariat zu einem wirklichen Klassenbewusstsein zu verhelfen?

Jedenfalls stand für viele der Grund- oder Hauptwiderspruch von Kapital und Lohnarbeit im Mittelpunkt, und andere Unterdrückungs- und Ausbeutungsverhältnisse wurden – wenn überhaupt – zunächst allenfalls als Nebenwidersprüche diskutiert, die erst später – also nach der revolutionären Umwälzung – und nachrangig – also wenn hierdurch der Hauptwiderspruch aufgelöst ist – angegangen werden könnten.

Genau gegen eine solche Sicht- und Handlungsweise opponierte 1968 der *Aktionsrat zur Befreiung der Frauen*. Mit einem Hinweis auf erste eigene Mobilisierungserfolge unter Frauen betonte die Sprecherin des Aktionsrates Helke Sander in ihrer berühmten Rede auf der 23. Delegiertenkonferenz des Sozialistischen Deutschen Studentenbundes (SDS): „(W)ir sehen, welche Bretter ihr vor

den Köpfen habt, weil ihr nicht seht, dass sich ohne euer Dazutun plötzlich Leute organisieren, an die ihr überhaupt nie gedacht habt, und zwar in einer Zahl, die ihr für den Anbruch der Morgenröte halten würdet, wenn es sich um Arbeiter handeln würde.“ (Sander 1968/2008, 62) Die Thematisierung der gesellschaftlichen Unterdrückung von Frauen wurde eingefordert und eine Reduktion der Studentenbewegung auf die Frage nach der Arbeiterklasse und der industriellen Arbeit abgelehnt. Zudem wurde klargestellt, dass mit einer Lösung der Frauenfrage – in den Worten von Helke Sander – „nicht auf Zeiten nach der Revolution“ gewartet werden kann, „da eine nur politisch-ökonomische Revolution die Verdrängung des Privatlebens nicht aufhebt (...)“ (ebd., 61).

Dem SDS wurde als „Spiegelbild gesamtgesellschaftlicher Verhältnisse“ (ebd., 60) vorgeworfen, dass auch er – so Helke Sander – „einen bestimmten Bereich des Lebens vom gesellschaftlichen abtrennt, ihn tabuisiert, indem man ihm den Namen Privatleben gibt. (...) Diese Tabuisierung hat zur Folge, dass das spezifische Ausbeutungsverhältnis, unter dem die Frauen stehen, verdrängt wird, wodurch gewährleistet wird, dass die Männer ihre alte, durch das Patriarchat gewonnene Identität noch nicht aufgeben müssen.“ (ebd.) In diesem „Privatbereich“, der nach Helke Sander ebenfalls politisiert werden muss, übernehmen dann Männer die Rolle von Ausbeutern und Unterdrückern.

Diese *Denkbewegung*, die man auch als eine Frage nach der Bedeutung von *Haupt- und Nebenwidersprüchen* formulieren kann, ist auch für die Diskussion zu Intersektionalität relevant, wobei – und dies möchte ich besonders hervorheben – Helke Sander *nicht* davon ausging, dass die Studentenbewegung aufgelöst werden müsste oder die Klassenfrage bedeutungslos geworden wäre. Die Genossen – so Helke Sander – sind „auch (...) unterdrückt, was wir ja wissen. Wir sehen es nur nicht mehr länger ein, dass wir ihre Unterdrückung, mit der sie uns unterdrücken, weiter wehrlos hinnehmen sollen.“ (ebd., 62)

Obwohl diese Rede ein wichtiges Element des Beginns der neueren Frauenbewegung in Westdeutschland markiert, wäre es völlig verfehlt, der Frauen-

bewegung die Verantwortung für das baldige Ende der Studentenbewegung Ende 1969 zuzuschreiben. Hierfür war schon eher die Zersplitterung der Bewegung in eine unüberschaubare Vielzahl von (größtenteils sich als marxistisch-leninistisch oder maoistisch bezeichnende) Sekten, Fraktionen, Splittergruppen oder Kleinstparteien verantwortlich, eine Fragmentierung, die in den unterschiedlichen Bedürfnissen und Interessen, die zur Bewegung führten, vermutlich bereits angelegt war (vgl. Mosler 1977/1980<sup>IV</sup>, 239).

## **2. Die Frauenbewegung und der Hauptwiderspruch Geschlechterverhältnisse**

Jedenfalls wurde 16 Jahre später diese Frauenbewegung – wiederum auf einer großen öffentlichen Veranstaltung – mit einer ähnlichen *Denkbewegung* konfrontiert. In Frankfurt fand 1984 der „Erste gemeinsame Kongress ausländischer und deutscher Frauen“ statt. Helma Lutz bewertet diese Tagung als politischen Wendepunkt in der bundesdeutschen Diskussion der Frauenbewegung zu eingewanderten und schwarzen Frauen: „Zum ersten Mal sahen sich deutsche ‚Inländerinnen‘ der öffentlichen, radikalen und sehr emotionsgeladenen Kritik ‚ausländischer Frauen‘ ausgesetzt.“ (Lutz 1991, 1) Und sie zitiert aus der Tagungsdokumentation: „Einige der ausländischen Frauen hatten – wie sie sagten – schon sehr lange auf diese Gelegenheit gewartet, und sie attackierten uns sehr scharf. Ihren ganzen Frust und ihre ganze Wut über den langjährigen Rassismus der deutschen Frauen und der Frauenbewegung schleuderten sie uns entgegen.“ (Arbeitsgruppe Frauenkongress 1984, 162) Kritisiert wurde vor allem der Universalitätsanspruch der feministischen Bewegung, welcher gleichzeitig implizit und explizit vom Modell ‚deutscher Frauen aus der Mittelschicht‘ ausgehe. Dadurch würden die Unterschiede in den Lebenssituationen von deutschen und eingewanderten bzw. schwarzen Frauen nicht wahrgenommen, genauso wenig wie die unterschiedlichen Zuschreibungs- und Unterdrückungsformen, denen Frauen unterschiedlicher Gruppen ausgesetzt seien.

Die dominierende Praxis innerhalb der Frauenbewegung, die hier scharf kritisiert wurde, lässt sich auch als ein Festhalten am Hauptwiderspruch *Geschlechterverhältnisse und den damit verbundenen Unterdrückungsformen* interpretieren, wodurch Formen rassialisierender und kulturalisierender Stigmatisierung und Diskriminierung entlang von Merkmalen wie Hautfarbe, Kultur und Sprache als Nebenwiderspruch und damit als weniger bedeutsam bewertet werden. Das Handeln und Denken von ‚feministischen Frauen der Mehrheitsgesellschaft‘, die auf diese Weise zum selbstverständlichen Zentrum der Bewegung werden, kann so auch nicht auf die jeweils eigene Beteiligung an der Unterdrückung anderer Gruppen befragt werden. Eine ähnliche Kritik gegenüber ihrer spezifischen Zentrierung musste die neuere Frauenbewegung in ihrer kurzen Geschichte übrigens auch in anderer Weise erfahren, also wenn es beispielsweise um die Ignoranz gegenüber den Lebenssituationen von Arbeiterfrauen, homosexuellen Frauen und Frauen mit Behinderungen ging. Trotz deutlicher inhaltlicher Unterschiede lassen diese Erfahrungen einen vergleichbaren Mechanismus erkennen: Mit der Fokussierung eines Hauptwiderspruches wird die eigene Beteiligung an der Unterdrückung anderer – auch innerhalb der eigenen Bewegung – verkannt.

Interessanterweise haben solche Debatten in den USA bereits sehr viel früher stattgefunden, wobei im Unterschied zu Deutschland eine *explizite* Debatte zu Diversity vor allem in den USA, Kanada und Großbritannien sich sehr viel ausgeprägter im Zusammenhang mit *politischen Forderungen von Minderheiten* entwickelt hat. Ein Ausdruck davon ist das berühmte Combahee River Collective, das 1974 in Boston gegründet wurde. Diese Gruppe schwarzer lesbischer Feministinnen reflektierte ihre Erfahrungen, die von einer Desillusionierung auch innerhalb sozialistischer, feministischer und antirassistischer Emanzipationsbewegungen geprägt war, und als Konsequenz beschlossen sie nach neuen Politikformen zu suchen und sie zu erproben, „a politics that was antiracist, un-

like those of white women, and antisexist, unlike those of black and white men“ (Combahee River Collective 1982, 13).

### **3. Heterogenität und Unterdrückung in den ‚eigenen‘ Reihen wahrnehmen, ohne Handlungsfähigkeit zu verlieren**

Es ist nahe liegend, dass sich in solchen Auseinandersetzungsprozessen stets auch neue Fraktionen, vielleicht sogar neue Bewegungen bilden. Dennoch ist mir wichtig, zu verdeutlichen, dass die Organisation einer Emanzipationsbewegung mit der Konzentration auf *eine* bestimmte Unterdrückungsform vermutlich unverzichtbar ist. Damit ist allerdings oft die Schwäche verbunden, auch ‚nach innen‘ Heterogenität zu wenig wahrzunehmen und die eigene Teilnahme an der Unterdrückung anderer bzw. eigene Privilegierungen aus der Wahrnehmung auszuklammern. Allzu leicht wird dann eine entsprechende eigene ‚Reinheit‘ und ‚Unschuldigkeit‘ als Opfer von *Klassenunterdrückung* oder von *Sexismus* oder von *Rassismus* oder von *Diskriminierung von Menschen mit Behinderungen* usw. imaginiert. Zudem kann es zu Essentialisierungen kommen, in deren Kontext für die eigene ‚Gruppe‘ ursprüngliche Wesensmerkmale behauptet werden, die sie allen anderen ‚Gruppen‘ überlegen macht.

Ich denke deshalb, dass es für solche Emanzipationsbewegungen sehr hilfreich sein kann, diesbezüglich eine selbstkritische Haltung zu entwickeln. Eine solche Haltung bedeutet jedoch keineswegs, dass die jeweilige Emanzipationsbewegung sich deshalb auflösen oder auf eine Identitätspolitik verzichten müsste. Dies wäre unsinnig, denn die zentralen Fragen und Gründe zu den jeweils spezifischen Unterdrückungsformen, um die herum sich eine Emanzipationsbewegung gebildet hat, bleiben ja leider nach wie vor relevant. Dennoch ist es nützlich, die *Reduktion* auf einen exklusiven Hauptwiderspruch aufzugeben, denn dadurch können eigene Schwachstellen und die Unterdrückung anderer innerhalb und außerhalb der ‚eigenen‘ Reihen wahrgenommen und thematisiert werden. Es geht also eher um eine andere politische Haltung, eine Haltung, die

weniger eindimensional, selbstgefällig und unbeweglich und mehr multiperspektivisch und selbstkritisch ist, ohne dabei handlungsunfähig in der Auseinandersetzung gegen Unterdrückung zu werden. Und es geht um die Bereitschaft und Fähigkeit von Akteuren einer Emanzipationsbewegung zur Kooperation und zu Bündnissen mit Akteuren anderer Emanzipationsbewegungen. Dies gilt *wechselseitig* für die Akteure verschiedener Emanzipationsbewegungen und setzt auf den jeweiligen Seiten Information und Anerkennung voraus, aber auch eine Form der Kritik, die konstruktiv und respektvoll ist, ‚gehört‘ werden kann und auf Zusammenarbeit zielt. In dieser Weise kann das Aufgeben der *Reduktion* auf einen exklusiven Hauptwiderspruch *eine Stärkung* der jeweiligen Emanzipationsbewegung bedeuten.

#### **4. Zur Möglichkeit und Notwendigkeit der Zusammenarbeit von Wissenschaftsdisziplinen**

In vergleichbarer Weise kann auch über Identitätsdynamiken durch und innerhalb von Wissenschaftsdisziplinen diskutiert werden, genauso wie durch und innerhalb von Professionen, die auf diese Wissenschaftsdisziplinen bezogen sind. Wir werden hier ähnliche Prozesse der Zentrierung und Exklusion feststellen können, wenn auch sich die Ziele, Begründungen, Aufgaben, Tätigkeiten und Handlungskontexte von Emanzipationsbewegungen unterscheiden. So sind Wissenschaftsdisziplinen zum Beispiel von der Förderung und Verortung innerhalb akademischer Institutionen und der Bereitstellung von Steuermitteln und Mitteln verschiedener Auftraggeber abhängig, genauso wie Professionen von der Beauftragung und Finanzierung durch entsprechende Geldgeber (Kommunen, Kirchen, Wohlfahrtsverbände, Vereine, Betriebe, etc.).

Im Kontext solcher zwangsläufigen Abhängigkeiten ist leider zu beobachten, dass das Stichwort Diversität/Diversity *paradoxerweise* auch benutzt wird, um Zusammenfassungen und Vereinheitlichungen zu rechtfertigen und durchzuführen. So kommen Universitätsleitungen, die vor Ort eine wissenschaftliche

Einrichtung haben, die sich mit Geschlechterverhältnissen befasst und eine andere, die sich auf Rassismen und Migrationsprozesse konzentriert, auf die Idee, beide zu einer Einrichtung unter einem Namen, der irgendwie auf Diversität/Diversity hinweist, zusammenzufügen. Hiermit sollen dann in der Regel Ressourcen (Geld, Personal, Räume, etc.) eingespart werden. Und nicht selten überlegen sich Stadt- oder Gemeinderäte aus denselben Motiven heraus, die Stelle der Frauen- und/oder Genderbeauftragten zu einer allgemeinen Gleichstellungsstelle umzuformen, die gemäß dem Gesetz zur Gleichstellung (AGG) zugleich ein wachsames Auge auf die Gleichstellung von eingewanderten Gruppen, Homosexuellen und Menschen mit Behinderungen wirft. Solche Entwicklungen zeichnen sich leider ab, und es ist zu befürchten, dass die entstehenden Einrichtungen ihrer Aufgabe nicht gerecht werden können, da sie zu komplex ist und zu viele unterschiedliche Bereiche umfasst, für die jeweils spezielles Wissen und spezielle Herangehensweisen erforderlich sind.

Für die Bewältigung der wissenschafts- und praxisbezogenen Aufgaben und Herausforderungen ist es zweifellos angemessener, genau *umgeehrt* zu argumentieren. Dies würde auch der Diversity-Idee entsprechen: Ein deutliches Mehr an spezialisierten Einrichtungen ist notwendig, um angemessen auf spezifische Bedürfnisse reagieren zu können. Die Berücksichtigung von Diversity ist das Gegenteil von Angleichung und Gleichmacherei.

Dies gilt ebenso für eine diversitätsbewusste Perspektive der Sozialen Arbeit: Sie *muss* sich auf weitere *fachliche Disziplinen* stützen können, die sich mit verschiedenen Differenzlinien befassen – also etwa die Geschlechterpädagogik, die Interkulturelle Pädagogik und die Sonderpädagogik (vgl. hierzu auch Lamp 2007, 224). Eine diversitätsbewusste Perspektive kann diese *speziellen* Disziplinen *nicht* ersetzen. Sie sind unverzichtbar, nicht nur, weil ein *besonderes* und *vertieftes* Wissen zur Entstehungs- und Wirkungsgeschichte und Aktualität der jeweiligen Differenzlinien notwendig ist, sondern auch, weil es in *allen* Fachdebatten der Erziehungs-, Bildungs- und Sozialwissenschaften – also zum Beispiel

in der Systematischen Pädagogik, der Historischen Pädagogik, der Schulpädagogik, aber eben auch der Sozialen Arbeit qualifizierte Stimmen geben muss, die die *allgemeine* Berücksichtigung dieses besonderen und vertieften Wissens begründen und einklagen können. Solche Stimmen kommen – dies zeigt die Erfahrung – in aller Regel nicht aus ohne den Rückhalt durch die Beiträge der genannten Spezialisierungen. Von selbst entsteht in sich als allgemein und universell verstehenden Disziplinen keine Wahrnehmung von ‚Heterogenität als Normalfall‘ (vgl. hierzu auch Krüger-Potratz 1994; Krüger-Potratz 2005). In diesem Prozess ist es notwendig, dass von den genannten *speziellen* (Teil-) Disziplinen immer wieder darauf aufmerksam gemacht wird, dass beispielsweise die Durchsetzung von Geschlechtergerechtigkeit, ein egalitärer Umgang mit Homosexualität, eine kritische Perspektive gegenüber Kulturalisierungstendenzen, die angemessene Berücksichtigung von Mehrsprachigkeit, eine Sensibilisierung gegenüber subtilen Formen von Sexismus und Rassismus usw. als *Querschnittsaufgaben* gesehen werden müssen, die in allen pädagogischen Disziplinen und Praxisfeldern zu berücksichtigen sind, um wirksam den Herausforderungen begegnen zu können und Veränderungen zu unterstützen. Dabei gilt es auch, in Theorie und Praxis einer *ausgrenzenden Besonderung* dieser Thematiken entgegen zu wirken. Allerdings – und hier greift die Aufforderung zu Diversity und Intersektionalität – müssen die *speziellen* Disziplinen (Interkulturelle Pädagogik, Geschlechterpädagogik, Sonderpädagogik) und die *speziellen* praxisbezogenen Ansätze (also beispielsweise die geschlechterbewusste und sexismuskritische Mädchen- und Jungenarbeit und die interkulturelle und rassismuskritische Jugendarbeit) auch in der Lage sein, die Anschlussmöglichkeiten und Verbindungen zu den jeweils anderen Differenzlinien zu denken. Bei einer diversitätsbezogene Perspektive kann es also *nicht* um das Aufgeben von speziellen (Teil-) Disziplinen gehen, sondern nur darum, für die jeweiligen (Teil-) Disziplinen nach solchen Anschlussmöglichkeiten und Verbindungen zu fragen, genauso

wie nach den Behinderungen, auf die solche Fragen treffen und den Möglichkeiten, den Weg hin zu ihrer Beantwortung produktiv voranzutreiben.

---